

**Rückmeldung
zur öffentlichen Konsultation der Europäischen Kommission zur**

EU-Datenunionsstrategie

Wien, 17. Juli 2025

Über den Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft

Der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs – VÖWG – vertritt die Interessen der öffentlichen Wirtschaft, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge. Der VÖWG repräsentiert somit Unternehmen und Einrichtungen, die im Eigentum, mit Beteiligung oder im Auftrag von Gebietskörperschaften Dienstleistungen von allgemeinem Interesse erbringen. Neben der Energie- und Trinkwasserversorgung, der Abfall- und Abwasserentsorgung und dem öffentlichen Verkehr sind auch die wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung sowie die Bereiche Wohnen, Gesundheit und Soziales vom Begriff der Daseinsvorsorge umfasst.

Rechtsform: Verein

Sitz: Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

ZVR-Zahl (AT): 338965482

Zuständigkeit: LPD Wien, Abteilung für Vereins- Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten

EU-Transparenzregisternummer: 16441688074-96

Einleitung

Der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (im Folgenden VÖWG) vertritt die Interessen der wichtigsten Akteure des öffentlichen Sektors, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge. Der VÖWG vertritt damit 120 Unternehmen und Institutionen, die im Eigentum, unter Beteiligung oder im Auftrag von Gebietskörperschaften Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen. Der VÖWG begrüßt das Vorhaben der Europäischen Kommission, mit der Strategie für eine europäische Datenunion den digitalen Binnenmarkt zu stärken und eine koordinierte europäische Datenpolitik voranzutreiben. Aus Sicht der öffentlichen Unternehmen und Betreiber kritischer Infrastrukturen ist die Initiative grundsätzlich zu unterstützen – allerdings bedarf **sie einer konsequenten gemeinwohlorientierten Ausrichtung, klarer Priorisierung sicherheitsrelevanter Aspekte und gezielter Entlastung der öffentlichen Hand.**

Forderungen des VÖWG

1. Gleichberechtigte Einbindung öffentlicher Unternehmen in Datenräume und Governance-Strukturen

Öffentliche Unternehmen müssen als eigenständige, systemrelevante Akteure anerkannt werden. Ihre Rolle darf nicht auf Datenlieferanten reduziert werden – sie brauchen aktiven Zugang zu sektoralen Datenräumen, Mitwirkungsrechte und eine gleichwertige Behandlung gegenüber privatwirtschaftlichen Akteuren.

2. Sicherstellung von Datenhoheit und Schutz sensibler Betriebsdaten

In Bereichen wie Energie, Wasser, Gesundheit oder Mobilität ist die digitale Souveränität Europas ohne den Schutz kritischer Datenbestände nicht denkbar. Der EU-Rechtsrahmen muss verbindliche Schutzmechanismen gegenüber extraterritorialem Datenzugriff (z. B. durch Drittstaaten oder Plattformanbieter) enthalten.

3. Verbindliche Vereinfachung des Regulierungsrahmens für den öffentlichen Sektor

Die Fragmentierung von sektoralen Vorgaben, parallelen Meldepflichten und uneinheitlichen Auslegungsspielräumen behindert Effizienz und Innovationskraft. Wir fordern eine spürbare administrative Entlastung durch Rechtsvereinfachung, Standardisierung und verpflichtende digitale Berichtspflichten. Dafür sollten standardisierte, möglichst Open Source-basierte Tools – etwa für Datenschutz-Folgenabschätzungen, Einwilligungsmanagement oder Datenklassifikation – bereitgestellt werden, die weitgehend automatisierbar sind.

4. Förderung interoperabler Infrastrukturen und Open Source-Lösungen für den öffentlichen Sektor

Es braucht Investitionen in europäische, vertrauenswürdige Infrastrukturen (z. B. souveräne Cloudlösungen), die auf die Bedürfnisse öffentlicher Betreiber abgestimmt sind. Die Interoperabilität zwischen kommunalen, regionalen und europäischen Systemen ist essenziell.

5. **Finanzielle und technische Unterstützung für gemeinwirtschaftliche Träger**

Viele öffentliche Unternehmen, insbesondere auf kommunaler Ebene, verfügen nicht über die nötigen Ressourcen, um komplexe Datenverarbeitung, KI-Projekte oder internationale Datenströme umzusetzen. Es braucht gezielte Förderinstrumente – etwa im Rahmen von CEF Digital oder der Aufbauinstrumente – zur Stärkung dieser Akteure.

6. **Bildungs- und Kompetenzinitiativen im Datenbereich**

Die Strategie sollte auch Programme zur Stärkung der digitalen Kompetenzen im öffentlichen Sektor vorsehen. Der wachsende Fachkräftebedarf im Bereich Datenmanagement, KI und Governance erfordert gezielte Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung, um langfristige Wettbewerbsfähigkeit und digitale Souveränität abzusichern.

Öffentliche Unternehmen als Schlüsselakteure einer gemeinwohlorientierten Datenunion

Die in der Strategie identifizierten Herausforderungen – etwa geopolitische Spannungen, regulatorische Komplexität und ungleiche Marktbedingungen – betreffen öffentliche Unternehmen und Betreiber kritischer Infrastrukturen in besonderer Weise. Diese Akteure tragen eine zentrale Verantwortung für die Versorgungssicherheit, die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge und die Resilienz grundlegender gesellschaftlicher Funktionen. Gleichzeitig agieren sie in einem zunehmend datengetriebenen und digitalisierten Umfeld, in dem Datenschutz, Cybersicherheit, wirtschaftliche Effizienz und gemeinwohlorientiertes Handeln in Einklang gebracht werden müssen.

Eine europäische Datenunion kann daher nur dann wirksam und zukunftsfähig sein, wenn die gemeinwirtschaftlichen Akteure systematisch mitgedacht und als gleichberechtigte Partner einbezogen werden. Öffentliche Unternehmen benötigen nicht nur Zugang zu sektoralen Datenräumen, sondern auch Mitwirkungsrechte an deren Ausgestaltung. Ebenso essenziell sind rechtliche Klarheit, digitale Interoperabilität und belastbare Schutzmechanismen für sensible Betriebsdaten – insbesondere gegenüber außereuropäischen Plattformakteuren.

Vor diesem Hintergrund ist der **Aufbau einer souveränen europäischen Cloud-Infrastruktur** von strategischer Bedeutung. Nur durch vertrauenswürdige, unionsbasierte Speicher- und Verarbeitungsstrukturen kann sichergestellt werden, dass sensible Daten des öffentlichen Sektors sicher verarbeitet, europäischen Rechtsnormen unterstellt und langfristig unabhängig von geopolitischen Abhängigkeiten verwaltet werden.

Der VÖWG fordert daher mit Nachdruck: Die öffentliche Wirtschaft muss in der Datenunion als strategischer Partner anerkannt werden. Es braucht eine konsequente rechtliche und politische Absicherung kritischer öffentlicher Datenakteure, gezielte Förderinstrumente für kleinere gemeinwirtschaftliche Träger, den Ausbau einer souveränen digitalen Infrastruktur sowie eine Vereinfachung des regulatorischen Rahmens. Nur so lässt sich eine digitale Architektur aufbauen, die sicher, gerecht und für alle nutzbar ist – und die Europas Wettbewerbsfähigkeit im Dienste des Gemeinwohls nachhaltig stärkt.

Inhaltliche Verantwortung

Verena Wehr

Referentin - Digitalpolitik und rechtliche Angelegenheiten

+43-1-4082204-13

verena.wehr@voewg.at